

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



April 2024

Gebührenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen Forderungen des Bürgerrates erregt Aufsehen

Der vom Bundestag eingesetzte Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ fordert in seinen Empfehlungen an den Bundestag ein „Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder“ in Kitas und Schulen, ein verpflichtendes staatliches Label für alle Lebensmittel, die Abgabe nicht verkaufte genießbarer Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen, 19 Prozent Mehrwertsteuer auf gesundheitsschädliche Zucker und Zuckerprodukte wie Coca sowie keine Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse in Bio-Qualität, Nüsse, Hülsenfrüchte, Vollkorngetreide und Tafel- und Mineralwasser.

Der Bürgerrat konnte sich damit auch auf eine Petition von 24.000 Personen für ein „Grundrecht im Bundesgesetz“ für eine kostenfreie, tägliche warme Mittagsmahlzeit für alle Schüler und Schülerinnen stützen, die bereits 2022 in Berlin eingereicht wurde.

Wer ist dieser Bürgerrat?

Der erste Bürgerrat in Deutschland war am 10. Mai 2023 mehrheitlich vom Bundestag beschlossen worden. Seine 160 Mitglieder über 16 Jahren wurden durch ein umfangreiches Verfahren aus allen Bevölkerungsschich-

ten bis zum Juli 2023 ausgewählt, ihre Beratungen von WissenschaftlerInnen und ExpertInnen begleitet.



Am 24. Februar 2024 übergaben sie ihre Empfehlungen der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, am 14. März wurde es erstmals im Bundestag behandelt.

Sofort gab es die ersten Mäkeleien, besonders zum kostenlosen Mittagessen in Kitas und Schulen, vor allem der AfD ist das zu teuer.

Bessere Ernährung

Woher kommt der Aufschrei nach besserer Ernährung, besonders für Kinder und Jugendliche? In den letzten zwanzig Jahren gab es zahlreiche Anlässe, an qualitativ guten Lebensmitteln zu zweifeln:

Glyphosat in genmanipuliertem Getreide und Gemüse; fragwürdiges Fleisch aus Schlachtfabriken wie Tönnies und Wiesenhof und schließlich der Anstieg von Adipositas (Übergewicht/ Fettleibigkeit). Adipositas hat besonders durch die Maßnahmen gegen Corona wie Schließung von Schulen und Spielplätzen sowie fehlenden Sport zugenommen.

Waren schon vor Corona 15 Prozent der Kinder übergewichtig, so sind es nach der Epidemie bei den 10-15 Jährigen 32 Prozent. Hauptverantwortlich sind Bewegungsmangel und höherer Konsum von Süßwaren und süßen Getränken. Adipositas kann zu Fettleber, Bluthochdruck und Diabetes führen.

>>>

Und weiter:

Heraus zum 1.Mai 2024 – „Ungebrochen solidarisch!“ Seite 4

Sprachförderung muss sofort beginnen Seite 8

Ernährungssicherheit durch regionale Biolandwirtschaft Seite 10

OB-Wahl Rottenburg:: Ein „Weiter so“ verbietet sich Seite 11



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Angesichts von 9,5 Kilo Schokolade pro Kopf im Jahr fordern die Deutsche Adipositas Gesellschaft und das Else Kröner-Fresenius-Zentrum für Ernährungsmedizin ein Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel, eine Zuckersteuer auf Süßgetränke und eine Mehrwertsteuer für Obst und Gemüse. Dies findet sich jetzt im Katalog des Bürgerrates wieder.

Die Lebensmittel-Lobby

Die Achtsamkeit für gesunde Lebensmittel ist stark gewachsen, das zeigt nicht nur der erfolgreiche Bürgerentscheid für den Erhalt des Rottenburger Schlachthofs überdeutlich.

Eine immer größere Kundschaft will ausdrücklich Fleisch und Fleischprodukte von regionalen Tieren, die aus einem kurzen Weg zum Schlachthof weniger Stresshormone absondern und deshalb eine bessere Qualität haben.

So verlor der Marktführer für Geflügelfleisch Wiesenhof, als er in Stuttgart Geflügel aus Sachsen-Anhalt mit dem Etikett „Von regionalen Höfen“ verkaufen wollte. Bauernmärkte und Ortsläden mit regionalen Produkten erfreuen sich größerer Beliebtheit, obwohl die „Big Four“ des Lebensmittelhandels – Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe mit Kaufland und Lidl – mit 85 Prozent Marktanteil den Gesamtmarkt beherrschen und „mit ihrer Marktmacht die Preise für Milch und Fleisch diktieren“, so Andres Mundt (Präsident des Bundeskartellamtes).

Diese vier Konzerne diktieren nicht nur Preise, sondern auch Herkunft, Auswahl und Qualität ihrer mehr als 6.000 verschiedenen Hersteller. Das Preisdiktat bei Grundnahrungsmitteln und frischem Obst und Gemüse durch die Inflation bemerkten alle an ihrem Portemonnaie. Die Konzerne profitierten – die meisten Landwirte hatten nichts davon.

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.



Eine Mensa für gesundes Mittagessen für alle Kinder

Die vielen Vorteile für ein gesundes, gemeinschaftliches und gebührenfreies Mittagessen in allen Kitas und Schulen sprechen für sich. Kinder entwickeln bereits in jungen Jahren ihren Ge-

schmack für bevorzugte Lebensmittel und orientieren sich dabei sowohl an Erwachsenen wie an anderen Kindern. Ein gemeinsames Essen prägt ihr soziales Verhalten gegenüber anderen Kindern.

Wichtig ist die Gebührenfreiheit als zusätzliche Maßnahme gegen Kinderarmut, um allen Kindern gleichwertige Entwicklungschancen zu geben.

Viele Kinder, so wurde aus Rottenburger Kitas berichtet, kommen ohne Frühstück in die Kita – nicht aus Zeitmangel der Frühstückszubereitung! Ein gesundes Mittagessen kann in einer Zentralküche zubereitet werden und regionale Lebensmittel nutzen.

Für den geplanten Ganztagsbetrieb in Kitas und Grundschulen muss ohnehin ein warmes Essen angeboten werden. So werden die (Bio-)Landwirte vor Ort gestärkt, eine klassische Win-Win-Situation für Kinder, Eltern und Bauern! Und schließlich könnte eine Zentralküche auch für Pflegeheime und Senioreneinrichtungen genutzt werden.

Deshalb darf eine Mensa für Kitas und Schulen mit einer zentralen, örtlichen Küche nicht auf die lange Bank geschoben werden.



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

EnBW zockt bei Strompreisen ab

Ab 1. April erhöht der drittgrößte Stromanbieter Deutschlands, die EnBW, ihre Preise für den Haushaltsstrom um 15,9 Prozent, weil angeblich die Netzentgelte und die Beschaffungskosten an den Strombörsen gestiegen seien. Viele Kunden fassen das als Abzocke auf und haben gekündigt. Merkwürdig: Statt des neuen Strompreises von 41,4 Cent/ kWh wird ihnen dann ein Preis mit 30,45 Cent/ kWh angeboten und statt einer Grundgebühr von 218 Euro soll der Preis 169 Euro betragen.

Die höheren Netzgebühren sind direkte Folge des „Sparhaushaltes“ von Lindner (FDP): Er streicht den Bundeszuschuss für das Netzentgelt um 5,5 Milliarden Euro, so dass die vier größten Fernleitungsbetreiber ihre Gebühren für die Durchleitung des Stroms verdoppeln. Durch die Netzentgelte, die staatlichen Abgaben, Umlagen und Steuern machen diese Kosten inzwischen mehr als 50 Prozent des Strompreises aus, teilte die ENBW mit – aber nur für Privatkunden. Gewerbekunden haben „nachhaltige“ Sondertarife, die billiger werden, je mehr sie verbrauchen! Zugleich verhindert die Bundesregierung die Auszahlung des versprochenen Klimageldes, worunter besonders die unteren und mittleren Einkommen leiden.

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Stuttgart 21 wird noch später fertig und noch teurer – Kein Weiter so beim never-ending S21-Desaster!

Offiziell heißt es vonseiten der Bahn immer noch: Die geplante Eröffnung des Tiefbahnhofs und des neuen Digitalen Bahnknotens ist nach wie vor für Dezember 2025 vorgesehen. Doch längst ist klar: Der Termin ist nicht zu halten. Es geht um Fehlplanungen, technische Schwierigkeiten und Geld.

Darüber hinaus hat die Bahn die S21-Projektpartner über eine weitere Kostensteigerung auf insgesamt rund 11 Milliarden Euro informiert.

Bezüglich des Eröffnungstermins scheinen sich folgende Szenarien abzuzeichnen, auf die das Projekt gerade zusteuert:

1. Eröffnung Ende 2025.

Wie geplant und trotz allem. Das glaubt ernsthaft niemand mehr.

2. Teileröffnung Ende 2025

(auch Schrumpf- oder Scheineröffnung genannt). Das brächte viele technische Probleme, wie z. B. die Querverbindung des weiterbestehenden oberirdischen Kopfbahnhofs mit dem unterirdischen Tiefbahnhof.

3. Verschiebung der Eröffnung.

Das kostet 400 Mio. pro Jahr. Um die Mehrkosten tobt ohnehin schon ein großer Streit vor dem Verwaltungsgericht, wobei unklar ist, wer die Mehrkosten zu tragen hat. Eine Verschiebung schafft aber auch weitere Probleme: Um Schimmelbildung vorzubeugen müssten regelmäßige „Belüftungsfahrten“ gewährleisten, dass die Tunnel nicht feucht würden und rosteten. Auch die Angst, dass sich Tiere wie Fledermäuse im Tunnel ansiedeln, dürfte groß sein. Und eine Blamage wäre es allemal, aber die S21-Parteien könnten sich über die nächste Landtagswahl im Frühjahr 2026 hinweg retten.

Die Alternativen 2 und 3. sind Komobilösungen, zumindest auf Zeit. Der Kopfbahnhof müsste erhalten bleiben. Die DB müsste den Kopfbahnhof funktionsfähig erhalten, was erhebliche Erhaltungsinvestitionen erfordert. Es wird sich auch die Frage stellen, wie lange sich die Bahnkunden noch die unverschämten „Fernwanderwege“ zu den Gleisen gefallen lassen müssen.

Selbst Verkehrsminister Hermann warnt vor einem „Holperstart“ und schlug vor: „Es wäre eine Möglichkeit, dass man Ende 2025 mit dem Testbetrieb anfängt – und wenn es dann sitzt,

macht man erst den Wechsel und nicht vorher“. Aber auch Hermanns Parteifreund und Chef, MP Winfried Kretschmann, meinte: „Ohne Holpern werde der Bahnhof wohl kaum eröffnet, die Frage ist nur, wer holpert wie lange und wie stark.“

von rund 11 Milliarden bestätigt. Jetzt ist der Anstieg auf rund 11 Milliarden Euro klar: Bereits im Dezember 2023 hat die Bahn die Projektpartner über eine weitere Kostensteigerung informiert und den genauen Betrag genannt. Als Grund wird vor allem die



Aber es gäbe noch eine 4. Alternative, den **Baustopp**. Eine Denkpause täte allen gut. Es wäre nicht der erste Fall in der Geschichte, wo eine Milliardeninvestition abgeschrieben werden musste und am Ende Konversionslösungen zu aller Zufriedenheit gefunden wurden. **Schluss also mit dem Gerede von der Unumkehrbarkeit!**

Bis zum Sommer muss eine Entscheidung fallen. Eines scheint klar: Es ist ein Ringen um die Frage, wie und wann man den neuen Bahnknoten in Betrieb nehmen kann. Niemand will schuld sein an einer Verzögerung. Und niemand will bisher die Tatsache aussprechen, dass der Termin nicht mehr zu halten ist und dafür die Verantwortung übernehmen. Erst am 20.3.2024 fand eine DB-Aufsichtsratssitzung zu dem Thema statt, bei der die Entscheidung auf die nächste Sitzung im Juni verschoben wurde.

Dann aber ist „höchste Eisenbahn“, um auf den letzten Drücker zu klären, wie der neue Bahnknoten und der Tiefbahnhof in Betrieb gehen werden, denn dies hat Auswirkungen auf den Eisenbahnverkehr in ganz Deutschland, wobei entsprechende Fahrpläne mit einer Vorlaufzeit von 18 Monaten erstellt werden müssten.

Nach allerneuesten Informationen hat die Bahn dem Druck nachgegeben und stellt für Ende 2025 eine Teileröffnung in Aussicht. Außerdem versichert sie, dass der Kopfbahnhof samt bestehender Gäubahn-Anbindung ein Jahr länger funktionsfähig erhalten bleiben soll, bis der Tiefbahnhof in den wesentlichen Teilen Ende 2026 in Betrieb gehen kann. Ob das wohl reicht?

Kostensteigerung bei S21: Betrag

allgemeine Steigerung von Baukosten angeführt.

Finanzierung der letzten Projektphase unklar. Wegen der knappen Haushaltsmittel infolge des Verfassungsgerichtsurteils zum Klima- und Transformationsfonds könnten jedoch wichtige Ausbau-Projekte der Deutschen Bahn auf Eis gelegt werden. Dazu zählen neben dem Digitalen Knoten von S21 auch die für den Deutschlandtakt erforderlichen Projekte wie der Pfaffensteigtunnel und der neue Schnellzugtunnel im Norden Stuttgarts, welche auf Jahrzehnte nicht realisiert werden könnten. Damit sind auch die Pläne der Stadt Stuttgart fürs Erste obsolet, auf den Flächen der abzureißenden Kopfbahnhofgleise einen neuen Stadtteil zu errichten. Aber das passt selbst Winnie Hermann nicht, der S21 einst als das „mit Abstand größte, teuerste, riskanteste und dümmste Projekt in der Geschichte der Eisenbahn“ bezeichnete.

Deshalb fordert das Aktionsbündnis gegen S21 in seiner Pressemitteilung jetzt erst recht dazu auf, die Arbeiten am Projekt sofort auszusetzen, den Kopfbahnhof nicht nur zu erhalten, sondern zu stabilisieren und zu ertüchtigen, denn sicher ist schon jetzt: die Bahn wird gar nicht umhinkommen, ihn noch viel länger als gedacht zu nutzen, wenn bahnhoflich in Stuttgart überhaupt noch etwas funktionieren soll.

Dem schließen wir uns an, weshalb wir auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

(Gastbeitrag von Jürgen Hückstädt)

Heraus zum 1.Mai 2024 – „Ungebrochen solidarisch!“

Unter diesem Motto ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund auf, sich an den Demonstrationen und Kundgebungen zum 1.Mai zu beteiligen.

Die Krisen in der Welt schreien nach Solidarität aller Menschen, gemeint sind Energiekrise, Klimakrise, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, die Inflation und die Folgen der Corona-Pandemie. Sie treffen vor allem Menschen, die ohnehin schon in sozialer Not sind und existentielle Sorgen haben.

Wie in den letzten Jahren beginnt in Tübingen die Demonstration am 1.Mai um 10.30 vom Europa-Platz und endet vor dem Rathaus. Dort spricht Hanna Binder, stellvertretende Landesbezirksleiterin von Ver.di, danach viele Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte aus Kitas, Öffentlichem Dienst und der Deutschen Bahn. Für die Kinder ist eine Hüpfburg aufgebaut, die Tübinger Band „Vagari“ heizt mit Musik aus aller Welt ein. Für alle gibt es Bewirtung auf dem Marktplatz. Bereits am Abend davor spricht ab 19.30 Uhr die

DGB-Kreisvorsitzende Maggie Paal vor dem Rathaus in Hagelloch nach dem Grußwort von Ortsvorsteher Martin Lack.



DIE LINKE nimmt an den Aktivitäten teil unter der Losung

„Holen wir uns den Reichtum zurück: Mehr Lohn und mehr Zeit zum Leben“:

- **Reichtum umverteilen:** Niemand hat sich Milliarden verdient. Daher braucht es eine Vermögensteuer jetzt.

- Mit den Einnahmen können Kitas, Schulen, kostenfreier ÖPNV, öffentliche Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen ausgebaut werden, mit mehr Personal und besserer Bezahlung. Das ist gut für den Geldbeutel. Und es ist gut für die Demokratie.

- Vor hundert Jahren haben wir für den 8-Stunden-Tag gekämpft. Jetzt ist es höchste **Zeit für die 4-Tage-Woche** mit vollem Lohnausgleich und ausreichend Personal.

- **Kein Lohn unter 15 Euro!** Die europäische Mindestlohnrichtlinie schreibt für Deutschland in 2024 mindestens 14,14 Euro vor. Die Bundesregierung muss das umsetzen! Die Löhne hoch! Dafür müssen alle Beschäftigten von Tarifverträgen geschützt werden.



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“

„Die Ampel muss weg“

Sammelbecken für Unzufriedene und Rechtspopulisten

Dieser Slogan ist eine Abwandlung der AfD-Parole „Merkel muss weg“, mit der Wessi Bernd Höcke und seine Anhänger die Unzufriedenheit vieler Ossis einfangen wollten, nachdem von den „Blühenden Landschaften“ nichts übriggeblieben war. Jetzt dient die Losung dazu, vor allem Stimmen von Bauern einzusammeln, die sich durch die Streichung ihrer Förderungen in ihrer Existenz bedroht fühlen. Und nicht nur sie.

Denn unzufrieden mit der Regierungspolitik können viele sein. Fleißig kassiert die Regierung die Bevölkerung für die notwendigen Veränderungen im Energiebereich ab, sei es bei den Heizungsgesetzen oder bei der gestiegenen Energiepreisen (Kosten für Benzin, Öl und Gas), ohne das versprochene Klimageld wieder auszuzahlen.

Der Gaspreis für Haushalte steigt ab 1. April um 11 Prozent. Oder im Wohnungsbau, wo gerade junge Familien, aber auch Studenten die Irrsinnspreise nicht mehr zahlen können. Oder bei der Inflation, die vor allem Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen getroffen hat. Oder im gesamten sozialen Bedarf wie Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Pflege mit dem Stress ohne Ende und schlechter Bezahlung. Die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf hat sich in Luft aufgelöst.



Jetzt kommt noch die Rente hinzu, bei der die „Babyboomer“ dafür erhalten müssen, dass wichtige Bevölkerungsschichten (z.B. Beamte, Selbstständige) immer noch nicht einzahlen müssen, so dass ein Viertel aller Rentenbezieher ein Altersgeld unter 1.000 Euro erhält. Arrogant vertröstet die Ampel alle wichtigen Veränderungen, dass die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt (inzwischen vor Japan!) keinen Steuercent von den Milliarden einnimmt. Sie leiden sonst Hunger leiden oder ziehen ihrem Geld den Steuerparadiese hinterher!

Doch all die Themen rechtfertigen nicht Katastrophenaussagen, dass die Regierung die Wirtschaft an die Wand fährt oder dass man gedankenlos Parteien wählt, die unsere Demokratie grundsätzlich bekämpfen. Denn die Initiatoren von „Die Ampel muss weg“ treten nicht für konkrete Forderungen ein, wollen keine „soziale Zeitenwende“, sondern sie lassen bewusst alles im Unklaren, was sie wirklich wollen. Kein Wunder, dass jetzt Anhänger dieser Parole die bundesweiten „Bündnisse für Demokratie“ boykottieren und dagegen Stimmung machen.

Denn solange sie für keine konkreten Veränderungen eintreten, bekämpft ihr Slogan „Die Ampel muss weg“ unsere Demokratie.

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Habecks LNG-Plan gerät in die Kritik

Hoher Methan-Ausstoß interessiert Bundesregierung nicht

Um die deutsche Gasversorgung nach dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine zu sichern, hat die Bundesregierung im Juli 2023 mit ihrem LNG-Beschleunigungsgesetz überstürzt einen großen und teuren Ausbau der LNG-Infrastruktur beschlossen.

Als LNG bezeichnet man „liquified natural gas“, d.h. verflüssigtes Erdgas, das durch ein sehr umstrittenes Bohrverfahren (Fracking) gewonnen wird. Anschließend wird es nach den Bohrungen mit hohem Energieaufwand gekühlt und an die Küste transportiert. Dadurch entweicht viel Erdgas, das aus Methan besteht. Nach dem Transport aus den USA wird es in deutschen LNG-Terminals wieder in Gas umgewandelt und in das Gasnetz eingespeist.

Umweltschädigend ist nicht nur der Chemie-Cocktail, der mit hohem Druck kilometertief in die Erde gepresst wird. Sondern auch der enorme Wasserverbrauch: Pro Gasquelle werden acht bis 19 Millionen Liter benötigt, bei 50.000 Quellen in den USA sind das jährlich rund 530 Milliarden Liter (Handelsblatt).

Wundert sich noch jemand über ausgetrocknete Böden und Waldbrände? Das LNG-Terminal in Lubmin/ Rügen ist das erste und bisher ein-zige komplett privat finanzierte schwimmende Flüssiggas-Terminal in Deutschland, für das die Deutsche ReGas die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer schwimmenden Anlage zur Speicherung und Regasifizierung von verflüssigtem Erdgas (FSRU-Anlage) am Standort Lubmin erhielt.

Warnungen vor Methan-Ausstoß

Jetzt hat die Internationale Energieagentur (IEA) vor dem ansteigenden Methan-Ausstoß gewarnt. Er ist 2023 auf 120 Millionen Tonnen bei der Förderung angestiegen, hinzu kommen 10 Mio. Tonnen aus Bioenergiequellen. Eigentlich sollte der Methan-Ausstoß bis 2023 um 75 Prozent gesenkt werden. Denn dieses Gas ist seit der industriellen Revolution für ein Drittel des globalen

Temperaturanstiegs verantwortlich. Bei der LNG-Produktion entsteht Methan durch die Fracking-Förderung, den langen Transport und durch leckende Pipelines.

Deshalb hat US-Präsident Biden im Januar ein Moratorium gegen den weiteren Ausbau von LNG-Terminals erlassen, um die Klimagefahren zu untersuchen.



In Deutschland hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) den „überdimensionierten LNG-Infrastrukturausbau“ scharf kritisiert und einen sofortigen Stopp gefordert. Denn die Terminals sind nur zur Hälfte ausgelastet und die Gesamtlage auf dem Gasmarkt ist entspannt. Aber offensichtlich soll der LNG-Anteil am gesamten Erdgas-Import durch die sechs beschlossenen schwimmenden Terminals (Floating Storage and Regasification Units - FSRU) gegen Ende 2023 eine Gesamtkapazität von rund 30 Milliarden Kubikmeter Erdgas ergeben. Das ist in etwa ein Drittel der Menge, die 2021 importiert wurde.

Insgesamt handelt es sich um 18 beschleunigte Vorhaben der Bundesregierung. Ein einziges schwimmendes LNG-Terminal kostet laut Hamburgs BUND-Landesgeschäftsführer Lucas Schäfer 200.000 Euro pro Tag.

Lernunfähige Grüne

Besonders genervt reagierte die Bundesregierung auf zwei Fragen des Linken-Abgeordneten Christian Laye im Bundestag: „Ließ die Bundesregierung Schätzungen oder Berechnungen durchführen, wie viel mehr CO₂ durch den zusätzlichen Import von LNG im Jahr 2022 ungefähr emittiert (ausgestoßen) wurde und künftig emittiert wird? Flie-

ßen diese Bewertungen auch in die Berechnungen der deutschen Klimaemissionen oder ins Emissionsbudget ein?“ Die Antwort aus dem Wirtschaftsministerium ist mehr als ernüchternd: Es liegen keinerlei Schätzungen oder Berechnungen vor. Emissionen vor der Ankunft in Deutschland (d.h. durch Fracking, die Umwandlung und den Transport) werden nicht erfasst! So kann man CO₂-Berechnungen beschönigen.

Nerven tut die Grünen aber auch der anhaltende Protest von Anwohnern auf Rügen gegen die Umweltschäden, die durch die LNG-Anlagen verursacht werden. So erklärte der Prozessbevollmächtigte der Gemeinde Ostseebad Binz im Juli 2023: „Wir werden gegen die geplante Errichtung der Anlagen vor dem Bundesverwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung mit dem Ziel des vorläufigen Baustopps beantragen.“

Die einstweilige Anordnung richtet sich gegen die Verlegung einer Pipeline von Lubmin nach Mukran auf Rügen, den Ausbau des Fährhafens Mukran zur Anlandung von Flüssiggastankern und die Errichtung einer industriellen Störfallanlage zur Regasifizierung des Flüssiggases im Hafenbereich. Ferner werden wir in einer weiteren einstweiligen Anordnung beantragen, die Vertiefung der Zufahrtsrinne zum Hafen Mukran auf ca. 16 m und die Herstellung einer Sohllinie von bis zu 120 m, auf einer Länge von mehr als 2 km, zu verbieten.“



Mit ihrer arroganten Vorgehensweise, die jegliche Naturschutz-Argumente aus der Bevölkerung missachtet, gefährden die Grünen die Akzeptanz für den notwendigen Umbau von fossilen zu erneuerbaren Energien in Deutschland.



Dr. Emanuel Peter
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Grüne Energielogik

Jörg Bischof, Grünen-Fraktionsvorsitzender in Rottenburgs Gemeinderat, hat den OB-Kandidaten Dr. Klaus Weber angegriffen, weil der „nur tendenziell“ für die sieben Windkraftanlagen auf städtischem Boden ist.

Bischof wollte damit die jahrelange Unterwürfigkeit der Grünen im Gemeinderat bei den Bürgerentscheiden für den Schlachthof und die Zerstörung der Landwirtschaft auf dem Galgenfeld vergessen machen. Schließlich werde die Stadt mit den sieben Windrädern „rechnerisch“ CO₂-frei, er schlussfolgerte: „Wir importieren Strom dann, wenn das günstiger ist, als ihn selbst zu erzeugen.“

Das ist wirklich eine grandiose grüne Logik. Denn günstiger ist vor allem der künstlich billig gehaltene französische Atomstrom aus den 56 Atomkraftwerken (4,2 Cent/ Kilowattstunde im Großhandel – 23,7 Cent für Privatverbraucher). Bischof bezeichnete Dr. Peter (Ex-Stadtrat der Linken) als Lügner, weil dieser nachwies, dass französischer Atomstrom aus Kernkraft produziert wird.

Für Bischof stammt der deutsche Import aus Dänemark. Offensichtlich braucht er Nachhilfe im Lesen und Rechnen. Denn laut Statistischem Bundesamt importierte Deutschland 2023 aus Frankreich 12,4 Terrawattstunden (TWSTdt.) aus Dänemark 9,3 TWStd., also ein Drittel weniger (destatis, 28.2.24)!

Windräder im Rammert?

Zunächst eine Beruhigungsspielle von Finanzbürgermeister Bednarz: Es werde bei den beschlossenen sieben Windrädern zwischen Oberndorf und Hailfingen bleiben. Für sie laufen die wirtschaftlichen und rechtlichen Prüfungen zur Zeit. Doch jetzt ist durch die weitere Planung von Windrädern im Ländle ruchbar geworden, der Rammert könnte davon betroffen sein. Das sickerte auf Veranstaltungen des Regionalverbands Neckar-Alb mit Dirk Seidemann und Peter Seiffert durch.

Die Gründe: Durch höhere Windräder (Gesamthöhe bis 260 Meter) ist die Windausbeute (Mindest-Grenzwert 190 Watt/ Quadratmeter) größer, Naturstandards wurden herabgesetzt (statt einem schützenswerten Tier muss eine ganze

Population gefährdet sein) und die „grün“-schwarze Landesregierung hat bis Ende 2025 eine Landesfläche von zwei Prozent für erneuerbare Energie gesetzlich festgeklopft.

Interessant ist: Der Regionalverband übertrifft diese Fläche mit 3,6 Prozent der Verbandsfläche in seinen drei Landkreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb um fast das Doppelte. Auf den knapp 9.200 Hektar sollen 40 Standorte für 305 bis 610 Windräder und 88 für Photovoltaik möglich werden. Darunter ist der Rammert, wenn auch an anderen Standorten eine höhere Windausbeute möglich wären (z.B. auf der Alb). Unter anderem sind 43 Hektar bei Rottenburg-Baisingen und 646 Hektar zwischen Tübingen und Dusslingen vorgesehen.

Die Krux mit der Planung: Scheitert die kommunale Planung, können private Investoren an allen geeigneten Standorten Windräder und Solarparks errichten und die Gewinne anstelle der Kommune einstreichen!

Grüne Schwachstellen

Das grüne Trommelfeuer für die erneuerbare Energien hat mehrere große Schwachstellen. Erstens fehlt in Rottenburg und anderen Städten eine Gesamtaufstellung für den Flächenverbrauch. Sie ist notwendig, da unversiegelte Flächen nur begrenzt vorhanden sind und für Landwirtschaft (Nahrungsmittel), Wohnbau inklusive soziale Einrichtungen wie Kitas, Schulen und Pflegeheime, Infrastruktur (Straßen, Bahnstrecken usw.) und Gewerbe gebraucht werden.

Nicht nur im Rottenburger Rathaus wird eine Gesamtplanung für Flächenverbrauch seit Jahren vom Bürgermeister-Trio mit Hilfe der Grünen verhindert und dadurch Unmut und Unsicherheit in der Bevölkerung provoziert. Denn die grün-schwarze Landesregierung hat beschlossen, dass die Kommunen zwei Prozent ihrer Fläche für erneuerbare Energien vorhalten müssen.

Zweitens wird immer wieder mit enormem Energiebedarf für die Zukunft hantiert, aber nie eine konkrete Auflistung gegeben, wer diesen Bedarf verursacht.

Beispiel: Ein einziger neuer Superrechner der Uni Stuttgart braucht so viel Strom wie alle 150.000 Haushalte in Freiburg zusammen.

Drittens wird die Akzeptanz in der Bevölkerung erst dann hergestellt, wenn diese deutlich von der größeren Menge erneuerbarer Energien profitiert. Dabei verhindert die FDP, unser

Schutzpatron für Milliardäre, die Auszahlung des versprochenen Klimageldes sowie eine Begrenzung der Autobahn-Geschwindigkeit auf 130 km/h, die ein Vielfaches von Windrädern überflüssig machen könnte. Viertens machen die sieben Windräder Rottenburg nur „rein rechnerisch“ CO₂-frei, da der Wind nicht das gesamte Jahr über maximal bläst und damit weniger als die versprochenen 39,9 Megawatt produziert, worauf Erich Biesinger hinweist.

Akzeptanz und soziale Tarife sind Bedingungen für Maßnahmen gegen die menschengemachte Klimazerstörung, dazu gehört eine Offenlegung aller Aspekte wie der Gefährdung der Natur, der verschiedenen Bedarfe, des Gesamtflächenverbrauchs und des Nutzens für Verbraucher und Kommunen. Billige Polemik gegen Zweifel und Denkverbote gehören nicht dazu, Herr Bischof!



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger?

Im OB-Wahlkampf Rottenburg ist es zu einer Auseinandersetzung um ein kommunales Wahlrecht für Personen aus Drittstaaten gekommen, will heißen, aus Staaten wie Syrien, Afghanistan, Ukraine, die nicht zur EU gehören und deshalb solange kein Wahlrecht besitzen, wie sie noch keinen deutschen Pass erhalten haben.

Um die Diskussion zu versachlichen, geben wir hier die Stellungnahme des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wieder:

Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige

Problem:

Rund 4,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Staaten (Drittstaatsangehörige) leben in Deutschland. Sie sind nach wie vor vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen. Die Entscheidungen auf kommunaler Ebene haben in besonderer Weise Einfluss auf die Lebenssituation jedes Einwohners bzw. jeder Einwohnerin. Das Recht, auf kommunaler Ebene mitentscheiden zu können, ist daher für das Gelingen des Integrationsprozesses und für die Akzeptanz politischer Entscheidungen von besonderer Bedeutung. Wenn dauerhaft ein erheblicher Teil der Bevölkerung von der politischen Mitentscheidung ausgeschlossen wird, verlieren die demokratischen Institutionen ihre Legitimität. In einigen Kommunen sind heute schon mehr als 30 % der volljährigen Einwohner nicht wahlberechtigt.

Hintergrund:

Ende 2008 lebten in Deutschland 6,8 Millionen Ausländerinnen und Ausländer. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 18 Jahre. In einzelnen Kommunen hat 1/3 der Bevölkerung eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das aktive und passive Wahlrecht ist auf der Ebene des Bundes und der Länder ausnahmslos an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden. Auf kommunaler Ebene haben auch Einwohnerinnen und Einwohner ohne deutschen Pass das aktive und passive Wahlrecht. Dies gilt allerdings nur für die rund 2,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus EU Mitgliedsstaaten, nicht aber für die rund 4,4 Millionen Angehörigen sogenannter Drittstaaten. Sie sind von der gleichberechtigten Teilhabe an der politischen Willensbildung auch auf kommunaler Ebene ausgeschlossen. Dies betrifft insbesondere die rund 1,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus der Türkei.

Mit seinem Urteil vom Oktober 1999 erklärte das Bundesverfassungsgericht das damalige schleswig-holsteinische Gesetz von 1989, welches die Einführung des Kommunalwahlrechts für Drittstaater vorsah, als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Das Verfassungsgericht argumentierte mit Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 GG, demzufolge das Staatsvolk von den deutschen Staatsangehörigen und den ihnen nach Art. 116 GG gleichgestellten Personen (Spätaussiedler) gebildet wird. Damit werde für das Wahlrecht die Eigenschaft als Deutscher vorausgesetzt. Dies gelte auch für die Vertretung des Volkes in Kreisen und Gemeinden.

Voraussetzung für die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger wäre also eine Änderung des Art. 28 Absatz 3 GG. Dort wäre der Personenkreis der Bürgerinnen und Bürger, der das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene in Anspruch nehmen kann um Ausländerinnen und Ausländer zu erweitern, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der EU haben. Dazu bedarf es einer 2/3 Mehrheit in Bundestag und Bundesrat.

Paritätische Forderungen:

Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, ist von zentraler Bedeutung für das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gesellschaft. Der Paritätische fordert, dass zumindest das Kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger mit einem längerfristigen Aufenthalt gewährleistet sein muss.



**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Sprachförderung muss sofort beginnen

Verwaltung hat immer noch kein Ausbaukonzept für bessere Förderung

Kürzlich hat Kultusministerin Theresa Schopper ein Sprachförderkonzept vorgestellt, weil die Sprachkompetenz die Basis für schulische Bildung in allen Bereichen ist. Das Konzept soll in den Kitas beginnen, für die die Kommunen verantwortlich sind. Die Ministerin geht davon aus, dass jedes dritte Kind im Ländle eine Sprachförderung braucht. Das würde für Rottenburg rein rechnerisch einen Bedarf für rund 800 Kinder bedeuten. Aktuell gibt es für die Kernstadt und 17 Teilorte drei halbe Stellen für Sprach-Erzieherkräfte.

„Funktionelle Analphabeten“

Erschrocken war das KuMi durch das Ergebnis des Bildungstrends der Kultusministerkonferenz des Bundes, dass 20 Prozent der Grundschüler im Lesen und Schreiben und 30 Prozent im Rechnen nicht einmal die Mindeststandards erreichen. „Wir laufen Gefahr, dass wir einen Teil der Kinder als funktionelle Analphabeten aus der Grundschule entlassen“, kommentierte Schopper damals. **Doch OB Neher lehnte den Antrag der Linken auf einen Ausbau der Sprachförderung in Rottenburger Kitas weiterhin ab.** Zusammen suchten CDU und Grüne ihre Zuflucht in der Digitalisierung der Grundschulen, so dass die Grundschule Wurmlingen zur

Modellschule erkoren wurde. Während der Corona-Krise wurde der Fernunterricht mithilfe von Laptops als Wunderlösung für Unterrichtsausfälle proklamiert – und scheiterte mit Pauken und Trompeten. Denn nur Kinder von Eltern, die ohnehin ihre Kinder schon mit viel Zeitaufwand förderten, hatten weniger Lernausfälle, die anderen mussten in Sonderprogrammen das Versäumte nachholen. Jetzt warnt der Deutsche Ethikrat in seiner Empfehlung „KI und Bildung“ ausdrücklich davor, Lehrkräfte durch Computerprogramme zu ersetzen.

Viele Worte – wenig Taten

Vor über einem Jahr schrieb die linke Kreisrätin Isabelle Groschke in „Neues aus dem Neckartal“ den Artikel „Sprach-Kitas sind das Gebot der Stunde“. Da in Rottenburg seitdem nichts passiert ist, stellte Emanuel Peter

vorlegt. Frau Beck konnte darüber keine Auskunft geben, aber Herr Schuh (CDU) empörte sich auf einer OB-Wahlveranstaltung in Baisingen, wie Herr Peter erwarten könne, dass die Stadt „schon jetzt“ ein Konzept habe. War Herr Schuh mit dieser Frage vielleicht seit einem Jahr überfordert?

Es ist Augenwischerei, den hohen Anteil von Kindern mit Sprachdefiziten auf die Zuwanderung von Geflüchteten wie aus der Ukraine zurückzuführen. Die Defizite bestehen seit Längerem und werden durch die aktuellen Flüchtlingszahlen nur verstärkt. Schließlich haben wir in Deutschland über 6,2 Millionen erwachsene Analphabeten, davon allein eine Million deutschsprachige Analphabeten im Ländle!

Deshalb muss die Sprachförderung als gesellschaftliche Aufgabe angepackt werden und im frühen Kindesalter beginnen. Mit der Sprache werden die Grundlagen für das Denken und für alle Wissensbereiche sowie für das soziale Miteinander entwickelt. Woher sollen sonst die Fachkräfte kommen, die Maschinen bedienen und dafür Bedienungsanleitungen lesen und verstehen müssen? Das sollte auch ein Leiter des Rechnungsprüfungsamtes verstehen können!



in der Bürger-Fragestunde des Gemeinderats Ende Februar die Frage, wie die Verwaltung mit dem geschätzten Bedarf für rund 800 Rottenburger Kinder umgeht und wann sie dazu einen Plan



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“

Rottenburg

Kurz und bündig

AfD-Abgeordneter: Parteienstaat abschaffen

Der Brandenburger AfD-Abgeordnete Lars Hünich fordert in einer Rede beim Bürger-Stammtisch des AfD-Ortsverbands in Falkensee in Berlin: „Wenn wir morgen in einer Regierungsverantwortung sind, dann müssen wir den Parteienstaat abschaffen.“

„Kürzlich hatte der Molkerei-Besitzer Theo Müller die AfD-Vorsitzende Weidel in einem Nobelrestaurant in Cannes getroffen. Müller ist durch Müller-Milch, die Molkerei Weihenstephan und Landliebe Millionär geworden und war zwecks „Steuersparen“ in die Schweiz umgezogen. In der Neuen Züricher Zeitung erklärte er, dass Weidel seine Freundin sei und er sich häufig mit ihr zum Gedankenaustausch treffe. Die rechtsradikalen Äußerungen eines Björn Höcke scheinen ihn nicht zu stören. Das seien Einzelne, die „dummes Zeug reden“. Früher war Müller 30 Jahre lang Mitglied der CDU, noch 2020 hat sein Unternehmen „Sachsenmilch GmbH“ dieser Partei 100.000 Euro gespendet.“

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Ist unsere Stadt oder die Stadtverwaltung ein Konzern?

Krudes Verwaltungsdenken in Weigels Rathaus-Runde

Bürgermeister Thomas Weigel sieht im Posten des Oberbürgermeisters den „Chef eines Konzerns mit über 800 Beschäftigten und einer Bilanzsumme von fast 400 Millionen Euro“ – und will damit der Bürgerschaft Angst vor den GegenkandidatInnen bei der OB-Wahl machen.

Diese seien offensichtlich mit der Aufgabenfülle eines OB überfordert, so der unausgesprochene Tenor seiner Rathaus-Runde direkt vor dem ersten Wahlgang. Genutzt hat es OB Neher wenig!

Doch es steckt mehr in Weigels Konzernvergleich. Denn er vergleicht die demokratische Grundlage unserer Gesellschaft (Kommune) mit einem privatwirtschaftlichen Betrieb. Eine Gemeinde hat die Pflichtaufgabe, allen Einwohnern ein auskömmliches Leben mit Ausbildung, Gesundheit, Wohnen, Pflege, Wasser, Straßen und ÖPNV zu ermöglichen. Dafür erhält sie von der Landesregierung jedes Jahr pro Kopf Gelder, für Rottenburg sind das rund 1.600 Euro.

Ein Konzern ist ein Zusammenschluss mehrerer Betriebe unter Führung eines Unternehmens, um im Konkurrenzkampf mit anderen Unternehmen eine Marktbeherrschung und eine gute Rendite zu erzielen, indem Löhne gekürzt, der Arbeitsstress erhöht und Sozialleistungen gekürzt werden. Daher Weigels „Bilanzsumme“. Bekannt sind Konzerne wie VW, Vonovia, Rheinmetall und Thyssenkrupp, aber auch die Big Four im Lebensmittelhandel.

Schädliches Konzerndenken

Konzerndenken auf demokratische Institutionen zu übertragen, ist gefährlich. Dies wird von neoliberalen Politikern gern gemacht, um Sozialleistungen und

gesellschaftliche Kontrollen über Gemeingüter zurückzudrängen und steuerfinanzierte Ausgaben zu kürzen. Das Motto heißt: Der Markt wird's richten, sprich die Vorherrschaft in einer Branche. Das Marktversagen zeigt sich gerade an explodierenden Mieten, nicht nur in Großstädten, gleichzeitig versagt die Politik beim sozialen Wohnungsbau.



Auf kommunaler Ebene sollen Eltern im Ländle mindestens 20 Prozent der Kita-Kosten selber zahlen. Für die Digitalisierung in den Schulen zahlt die Landesregierung nur eine „Anschubfinanzierung“, obwohl sie diese Bildung beschlossen hat und dafür zahlen müsste („Wer bestellt, der zahlt“). In der Ansiedlung von Lebensmittelkonzernen und ihren Filialen hat die Stadt durchgesetzt, dass diese ihre neuen Gebäude nicht mit Mietwohnungen aufstocken müssen (Aldi u.a.). Zudem wurden ihnen riesige Parkflächen zugebilligt, statt diese zumindest zusammenzulegen. Das nennt die Stadt Nachhaltigkeit“ im Flächenverbrauch!

OB Neher lobt seine „sparsame“ Personalpolitik, trotz Mehraufgaben und Bevölkerungszuwachs habe die Stadt eine geringe Beschäftigtenzahl, verglichen mit ähnlich großen Städten.

Er behauptet, Rottenburg hätte kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Diesen Spruch hat er von Finanzminister Lindner abgestaubt, der die Kindergrundsicherung und andere Sozialausgaben bekämpft und aus der Rente ein Spekulationsobjekt an der Börse machen will. Dabei hat Rottenburg über Jahrzehnte einen zu geringen Gewerbesteuererhebesatz gehabt, um Nachbarkommunen im Konkurrenzkampf um Ansiedlung von Betrieben zu unterbieten.

So beherrscht das Renditedenken auch das Dreierteam im Rathaus: Wirft eine Einrichtung keine Rendite ab, muss entweder am Personal „gespart“ werden oder die Einrichtung wird wie das gut funktionierende Pflegeheim Stäble/ Remmingsheim feindlich übernommen und „umgestaltet“ – zu Lasten der Bewohner und Beschäftigten.

Dieses schädliche Konzerndenken im Rathaus geht auf Kosten der Lebensqualität und Infrastruktur für uns Einwohner, für unser Wohlergehen sind Landwirtschaft, Natur, Pflege und gute Bildung unserer Kinder nötig: Daseinsvorsorge vor Renditestreben.



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Bündnis für Demokratie und Menschenrechte

Im Landkreis Tübingen haben über 60 Organisationen – u.a. Fridays for future, ver.di, Volkshochschule, ADFC und politische Parteien ein Bündnis gebildet, das sich für Menschenwürde, Rechts- und Sozialstaat und gegen Rassismus in jeglicher Form einsetzt. Es will Menschen motivieren, in ihrem Alltag gegen Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufzutreten und gemeinsam aktiv zu werden. Es soll keine Plattform für Wahlkämpfe sein und ist bewusst überparteilich. Zusammen mit den Volkshochschulen soll im Oktober eine „Lange Nacht der Demokratie“ geplant werden und davor sollen am 25. Mai Aktionen zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes stattfinden.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Ernährungssicherheit durch regionale Biolandwirtschaft

Leben „die“ Bauern von EU-Agrarsubventionen?

Pro Jahr erhalten die Landwirte in Baden-Württemberg 550 Mio. Euro durch die „Gemeinsame Agrarpolitik“ (GAP) der EU, „durchschnittlich“ sollen diese 40 bis 50 Prozent ihres Betriebseinkommens ausmachen. Die GAP wurde 1962 ursprünglich mit der Absicht beschlossen, die Ernährungssicherheit der Nachkriegsbevölkerung sicherzustellen. Seit den 70er Jahren zielt sie auf eine industrielle Landwirtschaft für den Weltmarkt und deckt nur noch ein Viertel des Bedarfs der deutschen Bevölkerung.

Die Tatsachen dieses „Durchschnitts“ bei den Subventionen sehen aber anders aus: Im aktuellen EU-Haushalt sind bis 2027 jedes Jahr rund 50 Mrd. Euro für Agrarsubventionen vorgesehen. Allerdings sehr ungleich verteilt, denn das oberste Prozent der Empfänger erhält ein Viertel aller Gelder, etwa 30.000 Euro pro Monat! Subventionen von einer Million erhalten u.a. der Elektrokonzern RWE (seit 2014 mehr als drei Mio. Euro) für Rekultivierung seiner Naturzerstörung durch den Bergbau, die Bayer AG für Futtermittelflächen (Gen-Tests an Pflanzen) und die BASF für den „Gutsbetrieb Rehütte. Besonders lukrativ die DAH-Holding der Familienstiftung vom Bauunternehmer Zech (seit 2018 rund 21 Mio.) und die Lukas-Stiftung der Eigentümerstiftung von Aldi-Nord (seit 2019 rund 2,7 Mio. Euro). Dann noch die Lindthorst-Gruppe mit knapp 12,5 Mio. und die Steinhoff-Familienholding mit mehr als 11 Mio. Euro. (alle Zahlen: Tagesschau, 1.12.2022). Kann man die Wut vieler Landwirte auf diese Politik verstehen?

Gezieltes Höfesterben

Die Kürzungen durch die „Sparbeschlüsse“ der Berliner Regierung trifft die Landwirte überproportional, vor allem Kleinbetriebe werden „systematisch benachteiligt“, muss Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir zugeben. Ihm zufolge sind die Milchbauern die „großen Verlierer“ der Brüsseler GAP, denn sie kennen den Milchpreis nicht, den sie bei Anlieferung ihrer Milch in die Molkereien bekommen. Auch durch den Preisdruck, den die Discounter mit ihrer Marktmacht von

über 40 Prozent ausüben. Bis 2028 müssen Milchbauern ihre Ställe umbauen, weil die Anbindehaltung verboten wird. Natürlich ohne dass sie für ihre langfristigen und hohen Investitionen beim Stalumbau Hilfen bekommen. Zugleich wird der Rindfleisch-Import aus Lateinamerika (Brasilien, Argentinien, Uruguay) erhöht, die USA dürfen bis 2026 jährlich 35.000 Tonnen zollfrei in die EU ausführen.

Industrielle Landwirtschaft

Die Folge dieser industriellen Landwirtschaft für den Weltmarkt ist eine Aufweichung sämtlicher Gentechniken für Nahrungsmittel, die zu einer immer größeren Nitratbelastung der Böden und der

bei konventionellen Lebensmitteln einen Umsatz von 16 Milliarden, im Biosektor von 15,3 Mrd. Euro.

Landwirtschaft – für OB Neher ein Fremdwort

Im Ländle mussten in den letzten Jahren 36.000 Höfe, vor allem kleinere, wegen dieser Landwirtschaftspolitik der EU, der Bundes- und Landregierung aufgeben. Es gibt von Seiten dieser Politik keinerlei Konzept für eine Ernährungssicherheit der Bevölkerung: „Stirbt der Bauer – Stirbt eure Ernährung“. Sieht man sich Rottenburg an, fühlt man sich bestätigt. In seiner OB-Wahlwerbung taucht das Wort „Landwirtschaft“, die schließlich



auch Wirtschaft ist, nicht einmal auf. Wozu auch? Selbst die so genannten Grünen wollten 26 Hektar Felder auf dem Gallenfeld/ Herdweg für Gewerbe freimachen, nur 3,5 Hektar entlang der Bahnlinie und der B 28 sollten als Feigenblatt erhalten bleiben. Und Rebio mit seinem Bedarf für weitere Silos für 200 Landwirte wurde bis heute nicht geklärt. Macht ja nichts, die Ganztagsbetreuung in Grundschulen braucht kein gesundes Mittagessen von regionalen Bauernhöfen. Und es

gibt ja von Dr. Oetker, dem drittgrößten Lebensmittelkonzern in Deutschland, die Tiefkühl-Pizzen. „Wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem“, so Neher über die Finanzen.

Verwendung von 40.000 Tonnen Pflanzen- und Insektengiften mit glyphosathaltigen Produkten führt. **Durch das Höfesterben nehmen die großflächigen Agrarbetriebe zu und erhalten mehr Subventionen, weil Subventionen hauptsächlich nach Flächengrößen vergeben werden.**

Mit dem Argument, global schneller gegen Hungersnöte vorgehen zu können, hat das EU-Parlament am 7. Februar mit äußerst knapper Mehrheit eine „Lockerung“ gentechnisch veränderter Pflanzen (NGT) beschlossen. Sie sollen zwar keine artfremden Gene enthalten, aber höhere Erträge ermöglichen. Die Frage nach (teuren) Patenten auf Saatgut, die gerade für kleine und mittlere Bauern existenzbedrohend sein können, ist nicht geklärt. Mehrere Unternehmen wie Frosta, Alnatura und dm protestieren, denn sie sehen insbesondere den Verkauf Bio-Produkten gefährdet. Produkte mit der Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ hatten 2022 in Deutschland

Für eine qualitativ gesunde und schmackhafte Ernährung bereits im Kindesalter braucht es eine regionale Biolandwirtschaft, Dorfläden und Bauernmärkte. Das muss von der Stadt unterstützt werden, damit die Landwirte Planungssicherheit haben.



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg

OB-Wahl Rottenburg:: Ein „Weiter so“ verbietet sich

Unsere Stadt braucht einen Neustart zugunsten der Einwohner und Natur

Mit einem peinlichen Vorsprung hat der amtierende OB Neher im zweiten Wahlgang seinen Posten gegenüber dem „Politneuling“ Dr. Weber verteidigt. Nicht einmal 58 Prozent erreichte Neher und verlor über 750 Stimmen, verglichen mit seiner Wiederwahl 2026. Seine Verluste zeigten sich vor allem in den Teilorten, die jahrzehntelang die Stütze die CDU und ihrer Kandidaten waren. Dr. Weber erzielte auf Anhieb über 42 Prozent und er holte in Hailfingen, Oberndorf, Schwalldorf, Seeborn und im größten Teilort Ergenzingen jeweils über 50 Prozent!

Mehr als ein Denkmittel

Das Ergebnis ist für den Chef des Rathaus-Trios mehr als ein bloßer Denkmittel. Es ist zugleich ein Debakel für seine getreuen Unterstützer-Parteien CDU, SPD, Grüne, Junge Aktive und Freie Bürger. Sie halten im aktuellen Gemeinderat fast 80 Prozent der Sitze, aber sie haben sich als unfähig erwiesen, für „ihren“ Oberbürgermeister

eine deutliche Mehrheit der Wahlberechtigten zu mobilisieren. Verglichen damit konnte sich Dr. Weber auf keine Partei-Hilfe stützen, sondern machte einen Wahlkampf aus der Hand.

Nicht nur die Wahlbeteiligung ging in der Stichwahl zurück. Bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten erhielt Neher nur von jedem vierten Wahlberechtigten (25,4 Prozent) das Votum für weitere acht Jahre. Offensichtlich waren sehr viele von seinem Politikstil, sprich: Umgangston mit Einwohnern wie auch oppositionellen Gemeinderäten unzufrieden und mit dem Stapel ungelöster Aufgaben.

Neustart für Rottenburg

Es wird spannend, ob das Rathaus-Trio und seine Parteien irgend etwas aus dem Wahlergebnis lernen werden und zu einem selbstkritischen Verhalten fähig sind. Das zeigt sich spätestens im Wahlkampf zu den Gemeinderatswahlen Anfang Juni (mit Ortschaftsräten und Kreistag). Schwingen sie wieder

die Keule knapper Kassen, so dass keine ausreichenden Gelder für eine Sanierung des Schlachthofes mit dem gesamten Gelände da sei? Wie halten sie es mit der Förderung der Landwirtschaft, um die Grundversorgung der Einwohner zu gewährleisten? Wie viele Flächen wollen sie noch versiegeln? Wie wollen sie die Sprachförderung in Kitas und Grundschulen anpacken? Haben sie einen städtischen Plan für Ausbildungsangebote für Jugendliche? Wie gehen sie mit dem Schutz unserer Natur um?

Für all diese Fragen braucht es KEIN WEITER SO, sondern eine Kehrwende zum Schutz von Mensch und Natur. Sie müssen der Maßstab des Denkens und Handelns im Rathaus werden, anstatt die Stadt und die Verwaltung als „Konzern“ zu behandeln!



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg

Leserbrief zur AFD Kreisecke vom 09. April 2024

Zum Thema Bezahlkarte

Leider glaubt die CDU, dass sich mit der Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete die "illegale Migration" bekämpfen ließe. Das ist schon politisch armselig genug. Der CDU und den Freien Wählern im Landkreis kann es anscheinend nicht schnell genug damit gehen. Ein entsprechender Antrag bei der Kreisverwaltung wurde gestellt. Die AfD findet das natürlich verlogen, weil sie für sich selbst das Original auf richtige "Remigration" proklamiert und die CDU "die letzten Jahre die illegale Migration zugelassen" hat. Solch dummes und rassistisches Geschwätz ist der Einstieg in einen Wahlkampf auf dem Rücken von Menschen, die vor den Kriegen, dem Terror, dem Unrecht und der Naturzerstörung auf dieser Welt Zuflucht in den Reichtumszonen dieser Welt suchen. Zur Erinnerung:

Erstens: Wer einen Asylantrag stellt, nimmt die Genfer Flüchtlingskonvention und die Erklärung der Menschenrechte der UNO in Anspruch. Das ist legal.

Zweitens: Schon im Jahr 2012 hat das Bundesverfassungsgericht erklärt, dass das Existenzminimum nicht migrationspolitisch relativiert werden darf. Diesen Satz verstanden?

Drittens: Die Fluchtursachen dieser Welt lassen sich nicht mit einer Bezahlkarte aufhalten.

Andreas Lindner, Kreistagsabgeordneter Die Linke

Kurz und bündig

AfD-Abgeordneter: Parteienstaat abschaffen

Der Brandenburger AfD-Abgeordnete Lars Hünich fordert in einer Rede beim Bürger-Stammtisch des AfD-Ortsverbands in Falkensee in Berlin: „Wenn wir morgen in einer Regierungsverantwortung sind, dann müssen wir den Parteienstaat abschaffen.“

Kürzlich hatte der Molkerei-Besitzer Theo Müller die AfD-Vorsitzende Weidel in einem Nobelrestaurant in Cannes getroffen. Müller ist durch Müller-Milch, die Molkerei Weihenstephan und Landliebe Millionär geworden und war zwecks „Steuersparen“ in die Schweiz umgezogen. In der Neuen Züricher Zeitung erklärte er, dass Weidel seine Freundin sei und er sich häufig mit ihr zum Gedankenaustausch treffe. Die rechtsradikalen Äußerungen eines Björn Höcke scheinen ihn nicht zu stören. Das seien Einzelne, die „dummes Zeug reden“. Früher war Müller 30 Jahre lang Mitglied der CDU, noch 2020 hat sein Unternehmen „Sachsenmilch GmbH“ dieser Partei 100.000 Euro gespendet.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Frischer Wind durch die neue Linke Liste

Über zwei von 32 Sitzen verfügt die Linke Liste im Rottenburger Gemeinderat aktuell. Da die beiden Gemeinderätinnen aus Ergenzingen wegen starker familiärer Belastung nicht wieder antreten werden, haben die Mitglieder der Linken jetzt 20 neue Kandidatinnen und Kandidaten auf die Liste gewählt, sieben davon sind Frauen.

**Für einen neuen
sozialen Aufbruch
DIE LINKE.**

„Eine gute Mischung auf frischem Engagement von Jüngeren und wichtiger Lebenserfahrung von Älteren“, so Isabelle Groschke, die wieder für die Linke im Kreisrat antritt. Unter den Jüngeren sind der Sozialpädagoge Jannik Renz (Platz 1, 37



Jahre), der Oberstufenschüler Jago Waldheim-Ochoa (Platz 5, 17 Jahre) aus der aktuellen Jugendvertretung, der Fachlehrer Simon Binder (Platz 14, 33 Jahre) aus dem Behindertenbeirat und Florian Lany (Platz 11, 30 Jahre). Von den Teilorten sind Ergenzingen, Weiler und Wurmlingen vertreten – aber alle Kandidierenden wollen sich für bessere Gleichberechtigung von

Teilorten und Kernstadt einsetzen. Hoch motiviert sind sie gegen wachsende soziale Spaltung, ungerechte Bezahlung von Frauenarbeit und gegen rechte Hetze, die unsere Demokratie angreift. In der nächsten Zeit werden sie gemeinsam ein Wahlprogramm ausarbeiten, um ihre Ziele für unsere Stadt konkret zu machen. Die Liste wurde einstimmig von den Mitgliedern der Linken in geheimer Wahl bestimmt.

Alle, die sich für Rottenburg eine starke soziale und ökologische Opposition wünschen, bitten wir, ihre 32 Stimmen (durch Kumulation) der Liste 6 zu geben.

**Trau' dich!
DIE LINKE.**

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

- ◇ **Infostand von DIE LINKE**
- ◇ **Samstag, 13 April 2024**
- ◇ **10 - 12 Uhr, Metzelpfad**

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
17 April 2024
ab 19.00 Uhr, Gaststätte Engel Königstraße 7, 1. Stock
(gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg